Gruppenvereinbarung

der Fraktionen von CDU, Grünen und FDP
im Kreistag Wesermarsch
für die Wahlperiode 2021-2026

Die Kreistagsfraktionen von CDU, Grünen und FDP vereinbaren, für die Wahlperiode 2021 – 2026 eine Gruppe zu bilden und zusammenzuarbeiten. Für diesen Zeitraum haben sie sich die im Folgenden aufgeführten Ziele gesetzt. Bei allen vereinbarten Punkten handelt es sich um Zielsetzungen. Die Wege dorthin und die Details müssen entwickelt werden.

Die **Kreisverwaltung** wird Dienstleister für Bürger*innen und Unternehmen. Gleichzeitig wird die Entbürokratisierung angestrebt.

Im Jahr 2022 wird eine Ist-Soll-Analyse erstellt, deren Ergebnisse in den Haushaltsberatungen ab 2023 berücksichtigt werden.

Die Digitalisierung der Behörde wird konsequent und zügig vorangebracht. Die Umsetzung des Online-Zugangsgesetzes wird im Arbeitskreis „Digitalisierung“ begleitet.
Die **Digitalisierung** in Verwaltung, Schulen und kreiseigenen Gesellschaften sowie kulturellen Einrichtungen / außerschulischen Lernorten wird als Priorität gesehen, zu der eine enge politische Begleitung erfolgen wird.
Dies wird durch einen Arbeitskreis und durch einen ständigen Tagesordnungspunkt in den Fachausschüssen umgesetzt werden.

Hybride Sitzungen des Kreistages und der Ausschüsse sollen Transparenz schaffen und die **Bürgerfreundlichkeit** erhöhen. Dies muss offensiv beworben werden durch eine Verbesserung der Onlinemedienangebote des Landkreises. Hierzu muss die Geschäftsordnung des Kreistages entsprechend geändert werden. Interessierte Einwohnerinnen und Einwohner bekommen die Möglichkeit, zur Einwohnerfragestunde auch entweder vorher eingereichte oder im Chat formulierte Fragen zu stellen.

Der **Breitbandausbau** (Mobilfunk, Glasfaser) muss in den nächsten fünf Jahren weiter vorangetrieben werden. Für die unterversorgten Gebiete müssen Lösungen gefunden werden, die der Landkreis finanziell unterstützt. Beim Landkreis wird eine qualifizierte Fachkraft den Prozess zusammen mit den Kommunen begleiten.

Baugenehmigungen für private, landwirtschaftliche und gewerbliche Investitionsvorhaben sollen entbürokratisiert und beschleunigt werden, sofern dies vom Landkreis beeinflusst werden kann. In diesem Zusammenhang soll durch eine kleine Organisationsuntersuchung

innerhalb der Bauverwaltung die örtliche Zuständigkeit zugunsten einer thematischen Zuständigkeit geprüft werden.

Die **Klimaneutralität des Landkreises** (Liegenschaften, Gesellschaften & Eigenbetriebe, Beschaffung, Verwaltung und Fuhrpark) bis 2035 ist unser gemeinsames Ziel; dabei muss im ersten Schritt eine Bilanzierung stattfinden, konkrete Maßnahmen müssen ausgearbeitet und in die Umsetzung gebracht werden. Eine enge Zusammenarbeit mit der Kreisverwaltung – insbesondere mit dem Klimaschutz-Management - ist hier notwendig.
Wegen der besonderen Bedeutung dieser Thematik wird ein neuer Ausschuss für Klima und Kreisentwicklungsplanung eingerichtet.

Darüber hinaus werden folgende Ausschüsse neu strukturiert (siehe Fettdruck):

- Neu: **Ausschuss für Kreisentwicklung, Klima, Inklusion** *(Auflösung des AK Klimaschutz)*
- Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus**, Digitalisierung**
- Ausschuss für **Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft**
- Ausschuss für **Planen, Bauen, Mobilität** (d*er AK Radwegebau wird aufgelöst).*
- Ausschuss für Gesundheit, Soziales**, Integration**

Auf die Umsetzung und Einhaltung von Vorgaben aus NBauO/BauGB/ z.B. zum **Thema Versiegelung** wird stärker geachtet. Es soll dazu unterstützende Beratungen in und über die Kommunen geben.
Zur Zielerreichung wird ein Stufenplan ausgearbeitet.

Ein **ehrenamtlicher Artenschutzbeauftragter** wird bestellt.

Die **Kreisdenkmalpflege** soll – ggf. auch personell - gestärkt werden. Eine flexiblere Anwendung wird angestrebt.

Der Landkreis soll die Federführung bei der Planung von zukünftigen **Interkommunalen Gewerbegebieten** übernehmen und in einer Potentialanalyse Vor- und Nachteile für die Kommunen prüfen. Die betroffenen Kommunen müssen rechtzeitig und gleichberechtigt eingebunden werden. Die Aufgabe kann in Abstimmung beispielsweise an die Wirtschaftsförderung oder eine kommunale Gesellschaft delegiert werden.

Es ist beabsichtigt, einen **Bodenfonds** einzurichten, um z.B. das Instrument des Erbbaurechts stärker zu nutzen. Zielsetzung ist, bedarfsgerechten sozialen und bezahlbaren Wohnraum – unter Einbeziehung vorhandener Strukturen - zu schaffen. Hier geht es um die Verknüpfung unterschiedlicher Aufgaben von Kreis und Kommunen. Beides muss zusammen gedacht werden. Hierzu werden weitere Gespräche geführt.

Die öffentliche Infrastruktur soll durch ein **Verkehrsinfrastrukturkonzept** gestärkt werden: ÖPNV fördern, Kreisstraßen und Radwege fortlaufend sanieren und insbesondere die Fahrradwege ausbauen, Lückenschlüsse vornehmen. Das bereits erarbeitete Mobilitätskonzept soll gemeinsam mit den Gemeinden unter Einbeziehung der Weserfähren unter Koordination durch den Landkreis weiter entwickelt und umgesetzt werden. Dem Thema Mobilität wird durch den neuen Ausschuss für Planen, Bauen und Mobilität eine höhere Priorität gegeben.

Der **Katastrophenschutz** soll verstärkt werden.
Um den Deichbau voranzubringen, muss der Landkreis sich u.a. engagiert dafür einsetzen, dass beim Land und im NLWKN mehr Planstellen (wieder) geschaffen werden. Nur so können die notwendigen Deichverstärkungen zügiger geplant und umgesetzt werden.
Ein ständiger Raum für den Katastrophenschutz soll fest im Kreishaus eingerichtet werden. Ein neues modernes Alarmsystem soll eingeführt werden.
Beim Katastrophenschutz insgesamt gibt es viele Handlungsfelder. Eine Überprüfung der Strukturen und eine Stärkung sind Zielsetzung aller 3 Fraktionen.

Es wird ein **Infrastrukturfonds** eingerichtet, der die Gemeinden bei Projekten von kreisweiter Bedeutung unterstützt. Denkbar ist das Vorstrecken von Planungskosten für Förderanträge. Ziel ist es, mehr Geld für Investitionen in die Kommunen zu bekommen. - Tourismus und Kultur sollen nicht länger als reine freiwillige Leistungen betrachtet werden. Wer die Attraktivität der Wesermarsch steigern will, muss auch in diese Bereiche investieren.

Der **Strukturausgleichsfonds** für die steuerschwachen Kommunen, der zuletzt 200.000 € betrug, wird wieder fortgeführt.

Wir werden uns mit der **Struktur des Haushalts** genau auseinandersetzen.

Es wird eine **Anlaufstelle für Inklusion**, die unabhängig die Hilfesuchenden berät, geschaffen. Ziel ist das Schaffen einer Modellregion Inklusion.

Das **Schulentwicklungskonzept** wird fortgeschrieben, dabei kommt es zu frühzeitiger und transparenter Einbindung der Beteiligten. Die Ausstattung der Schulen muss verbessert werden, um Lehrkräfte zu binden und neue zu gewinnen. Der Arbeitskreis „Schulentwicklung“ besteht weiter.

Die **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** soll mit neuen Konzepten verstärkt werden. Hier muss der Kreistag Ziele formulieren und Wege und Projekte benennen und finanzieren. Es gilt das Interesse für Politik zu wecken, Prozesse transparenter darzustellen und Mitwirkung zu ermöglichen.

Es sollen die Einrichtung eines **Recyclinghofs** in Butjadingen und der Bau eines neuen Recyclinghofs in Nordenham verfolgt werden. Bezüglich der Einführung der Gelben Tonnen als Ersatz für den Gelben Sack wird zunächst das Ergebnis der Befragung abgewartet.

Im Falle eines neuen Planfeststellungsverfahrens zur **Vertiefung der Außen- und Unterweser** und einer Abstimmung im Kreistag dazu wird es keinen Fraktionszwang in der CDU geben (auch nicht in der Gruppe). Es wird davon ausgegangen, dass eine deutliche Mehrheit in der CDU/GRÜNEN/FDP-Gruppe eine weitere Vertiefung der Weser ablehnt. Einigkeit besteht zudem darin, dass ein Modell des Generalplans (Versalzung) unabhängig von einer neuen Vertiefung umgesetzt werden muss, um die Folgen der früheren Vertiefungen, wie z.B. Verschlickung und Risiken im Hochwasserschutz zumindest auszugleichen.

Der Kreis soll sich stärker für den Erhalt des **Fedderwarder Priels** und der Hafenzufahrt Fedderwardersiel einsetzen, ebenso für die Sportboothäfen und die Industrie, die ebenfalls von

den Folgen der Weservertiefungen betroffen sind. Die Gründung eines runden Tisches aller Betroffenen muss das Ziel sein.

Gesundheitsregion Wesermarsch 2040 – gemeinsames Ziel ist die Sicherung der Krankenhausversorgung an beiden Standorten. Die stationäre Krankenversorgung in der Wesermarsch soll dauerhaft und nachhaltig gesichert werden. Hierzu ist eine Möglichkeit die Gründung einer Dachgesellschaft (ohne Personal), in der der Landkreis, die beiden Städte und Vertreter der Kliniken vertreten sind. Möglichkeiten der Nachwuchsgewinnung sollen erarbeitet und umgesetzt werden.

Der Landkreis wird Modellregion für Energieformen
Beispiele: Wasserstoff HUB am KKU-Gelände u. in Huntorf (EWE), Ausbau-Elektromobilität inkl. Ladestationen (Autos u. Fahrräder), Förderung erneuerbare Energieformen wie Wind, PV, Wärmepumpen, Brennstoffzellen, Wasserstoffeinsatz

Hier muss der Landkreis selbst agieren und darf nicht auf einen Investor auf Kreisgebiet warten. Es muss geklärt werden, wie die Aufgaben und Ziele formuliert und wo aufgehängt werden. Die Kommunen und die Industrie müssen in die Prozesse eingebunden werden.

Die **Wirtschaftsförderung** soll hinsichtlich ihrer Aufgabenbeschreibung und der Strukturen der Gesellschaft neu definiert werden. Ziel ist u.a., den Aufsichtsrat aufzulösen und stattdessen eine Beiratsstruktur z.B. mit kommunalen Vertreter*innen zu schaffen. In der Gesellschafterversammlung sollen alle Fraktionen vertreten sein.
Da ab dem 01.11.2021 die Geschäftsführungsposition vakant wird, soll zunächst Herr Kemmeries die Interimsgeschäftsführung übernehmen, um die Handlungsfähigkeit zu erhalten. Die Fraktionen des Kreistages werden in den kommenden Monaten über die Aufgabenstellung und die neue Struktur beraten und ein Konzept für die Beschlussfassung erarbeiten.

Wir werden versuchen, mit Hilfe des Landes Niedersachsen eine Modellregion zu schaffen, um die Grünlandwirtschaft, Küstenschutz, Weidehaltung mit Schafen und Kühen zu sichern und gleichzeitig die gegenwärtige Existenz des Wolfes einzubeziehen. Hierzu werden wir einen „**Runden Tisch Wolf**“ einrichten, um die Interessensgruppen zusammenzubringen: Landwirtschaft, Schäfer, Tierhalter, Naturschützer, Jägerschaft, Grünlandzentrum, und einen offenen Prozess zu beginnen. Es sollen mit den Betroffenen Lösungen erarbeitet werden.

Zukünftig ist vermehrt mit Starkregenereignissen zu rechnen. Die Pumpwerke im LK Wesermarsch werden aktuell noch manuell gesteuert. Die Frage ist, wie eine Automatisierung gelingt. Es werden nun als Pilotprojekt zwei oder drei Pumpwerke umgerüstet. **Digitales Wassermanagement** muss eine Zielsetzung für die Wesermarsch (bis zum Jahr 2030) sein. Wenn das Pilotprojekt erfolgreich ist, müssen Mittel vom Land und Bund kommen.

Das Thema „**Kindererziehung im Ausland**“ wird im Jugendhilfeausschuss aufgegriffen werden.

Die Einlagerung von **„freigemessenem“ radioaktiven Müll** auf der Deponie Käseburg wird sehr kritisch gesehen. Die zukünftige Gruppe erwartet eine Entscheidung des Umweltministeriums

mit einer klaren Position und einen entsprechenden Bescheid auf der Grundlage wissenschaftlicher Untersuchungen; wenn sie es ablehnen, dann müssen Alternativvorschläge genannt werden.